

Einstellungen der Leipziger Bürgerinnen und Bürger zur Videoüberwachung

Hölscher, Michael

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hölscher, M. (2006). Einstellungen der Leipziger Bürgerinnen und Bürger zur Videoüberwachung. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2* (S. 2525-2534). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-143628>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Einstellungen der Leipziger Bürgerinnen und Bürger zur Videoüberwachung

Michael Hölscher

1. Einleitung

Ich werde im Folgenden einige Ergebnisse einer Studie zu Einstellungen zur Videoüberwachung vorstellen.¹ Ich möchte aber kurz einige Sätze vorausschicken, um die Videoüberwachung in das allgemeinere Thema der Sektionssitzung einzuordnen.

Schon immer boten Städte mit ihren größeren Freiheiten und ihrer »Urbanität« (Wirth 1974) eine gewisse Attraktivität, wurden aber aus den gleichen Gründen gleichzeitig von vielen Bürgern als beunruhigend empfunden. Im Zuge des Entstehens einer »neofeudalen Erlebnisstadt« (Ronneberger 2000) bzw. einer »revanchistischen Stadt« (Karstedt 2000: 39) wird abweichendes Verhalten zunehmend weniger toleriert. Der Standortwettbewerb der Städte führt zu einer Kommerzialisierung der Innenstädte, die von allen Konsum störenden Einflüssen freigehalten werden sollen. Dabei werden immer weniger »konkrete Straftaten, sondern subjektive Befindlichkeiten zum Gegenstand politischer Interventionen« (Ronneberger 2000: 130). Dies lässt sich als eine deutliche Verschiebung der urbanen »Kontrollkultur« interpretieren. Reuband spricht etwa von einem mit der Kriminalitätsfurcht der Bürger begründeten Paradigmenwechsel in der Kriminalpolitik, der zur »Vorverlagerung der Kontrolle auf Tatgelegenheiten und potentielle Tätergruppen« führt (Reuband 2001: 6). Dabei wird mit pauschalen Ängsten der Bürger argumentiert (Murck 1978: 203), ohne dass diese wirklich analysiert werden.

Die Videoüberwachung ist hier nur eine der neuen Kontrolltechniken. Vor allem seit den neunziger Jahren lässt sich ein deutlicher Trend der Ausbreitung von Videoüberwachung feststellen. In Deutschland war unter anderem Leipzig mit seinem 1996 begonnenen Pilotprojekt ein Vorläufer. Als ernster Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger ist die Überwachung aber begründungsbedürftig. Drei Gründe für eine verdachtsunabhängige Videoüberwachung werden immer wieder genannt. Erstens sollen begangene Straftaten mit ihrer Hilfe besser aufgeklärt werden können, zweitens sollen potentielle Straftäter abgeschreckt

¹ Aus Platzgründen sind die Ausführungen, vor allem methodischer Art, in dieser schriftlichen Fassung des Vortrages sehr kurz gehalten. Einige weitere Ergebnisse finden sich in Hölscher (2003).

werden und drittens, quasi als Ergebnis der ersten beiden, soll sich das Sicherheitsgefühl der Bürger verbessern.

Sieht man sich den ersten Punkt, die Aufklärung von Straftaten an, so ist das Ergebnis ernüchternd. Zumindest in Leipzig lag die Aufklärungsquote durch die Kameraobservierung laut Polizeiangaben, so berichtet Wehrheim, bei unter einem Prozent (Wehrheim 2000: 37).²

Was den zweiten Punkt, die Abschreckung, angeht, sieht die Sache auf den ersten Blick schon wesentlich besser aus. Nach der Installation der Kamera am Leipziger Hauptbahnhof sank die Zahl der dort verübten Straftaten laut Polizeiangaben deutlich (Reuband 2001; vgl. auch Sturm 2000: 18). Allerdings wird hier von vielen Kritikern angeführt, dass es sich vermutlich lediglich um einen kurzfristigen Verdrängungseffekt handeln dürfte. Zudem sind Kriminalitätsraten ausgesprochen schwierig zu interpretieren und zu vergleichen.

Vor allem der dritte Effekt, die Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bürger bzw. die oben erwähnte »subjektive Befindlichkeit«, wird von offiziellen Stellen immer wieder als Begründung für die Videoüberwachung angeführt. Dieses haben wir in unserer Studie, auf die ich nun eingehen will, genauer analysieren können.

2. Ziel und Daten

Wir wollten mit unserer Befragung von Leipziger Bürgerinnen und Bürgern drei Dinge erfahren. Erstens wollten wir wissen, wie es um das Sicherheitsgefühl insgesamt bestellt ist. Zweitens ging es uns um die Einstellungen zur Videoüberwachung. Drittens schließlich wollten wir herausfinden, wie sich die Einstellungen zur Videoüberwachung erklären lassen.

Insgesamt haben wir 770 Leipziger Bürgerinnen und Bürger im Alter zwischen 16 und 90 Jahren in Form von Face-to-face-Interviews befragt. Die Daten wurden im Rahmen zweier Methodenveranstaltungen erhoben, die Prof. Wilsdorf und ich an der Universität Leipzig durchgeführt haben. Es handelt sich um eine nach Alter und Geschlecht geschichtete Stichprobe, die an über 30 verschiedenen Plätzen gezogen wurde.

² Mittlerweile sind nach Auskunft des Leiters der Polizeidirektion Leipzig, Rolf Müller, keine Kapazitäten mehr für eine begleitende Auswertung des Erfolgs der Videoüberwachung vorhanden.

3. Das Sicherheitsgefühl der Bürger

Wie gesagt, ging es uns in einem ersten Schritt um das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Ein Großteil der Bürger fühlt sich sicher bis sehr sicher in Leipzig. Nur ein knappes Viertel der Befragten gibt an, dass es sich eher unsicher fühlt. Sehr unsicher fühlen sich sogar weniger als 5 Prozent. Das Alter hat dabei einen relativ starken Einfluss. Ältere Personen fühlen sich deutlich unsicherer als junge. Diese Zahlen stimmen mit den Ergebnissen anderer Studien überein, wie etwa die Umfrage »Sicherheit in Leipzig«, die die Stadt Leipzig (2000) hat durchführen lassen, oder eine Befragung von Bürgern in Plagwitz aus dem Jahr 2002, die wir ebenfalls bei uns am Institut für Kulturwissenschaften durchgeführt haben.

Neben dem allgemeinen Sicherheitsgefühl haben wir in unserer Studie aber noch genauer nachgefragt, wodurch sich die Leute in der Öffentlichkeit überhaupt bedroht fühlen. Wir haben hierzu eine offene Frage gestellt, um die Befragten nicht über die Vorgabe von Antwortmöglichkeiten zu sehr zu beeinflussen. Immerhin 11 Prozent fühlen sich auch bei einer solchen Nachfrage überhaupt nicht bedroht. Von denjenigen, die eine Angabe gemacht haben, wurden mit Abstand am häufigsten »Rechte« genannt. Fast 20 Prozent der Befragten haben vor Rechtsradikalen Angst. Hinzu kommen noch 7 Prozent, die vor »Politisch Extremen« Angst haben. Im Vergleich: »Linke« wurden lediglich von weniger als 1 Prozent explizit genannt. Neben den »Rechten« gibt es nur zwei weitere Bedrohungen, die von mehr als 10 Prozent der Befragten genannt wurden. Dies sind einerseits »Jugendliche« allgemein, andererseits »Ausländer«. Beide Gruppen werden von etwa 14 Prozent als Bedrohung in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Direkte Übergriffe in Form von Straftaten wurden dagegen eher selten genannt. Jeweils um die 8 Prozent der Befragten gaben an, dass sie sich durch Überfälle, durch Schlägereien oder durch Diebstähle in der Öffentlichkeit bedroht fühlen.

Ganz anders sieht dagegen das Bild aus, wenn man fragt, welche Straftaten denn durch die Kameras verhindert werden können. Hier sind es vor allem Überfälle (49%), Diebstähle (39%) und Drogendelikte (32%), aber auch noch Sachbeschädigungen (25%), Autodelikte (12%), Übergriffe auf Personen und Sexualdelikte (jeweils 11%), die genannt werden. Von den Straftaten, die aus der Sicht der Befragten durch Videoüberwachung verhindert werden könnten, fühlt sich nur eine kleine Minderheit überhaupt bedroht.

4. Einstellungen zur Videoüberwachung

Die Videoüberwachung ist in Leipzig breit akzeptiert. Zumindest wenn man nach der generellen Einschätzung fragt, sind fast 80 Prozent der Befragten ausnahmslos oder eher für die Videoüberwachung, nur 20 Prozent eher oder ausnahmslos dagegen. Allerdings sprechen sich nur knapp die Hälfte für das Aufstellen weiterer Kameras aus. Diese generelle Zustimmung konnte auch schon in anderen Studien nachgewiesen werden und wird häufig als breite Unterstützung der Videoüberwachung von der Politik zitiert. Der Vorteil unserer Befragung ist aber, dass wir auch spezifischere Einstellungen abgefragt haben.

Trotz der großen allgemeinen Zustimmung ist sich nur knapp die Hälfte der Befragten sicher, dass die Installation von Videokameras Verbrechen verhindern kann, ein Drittel ist skeptisch, und immerhin 17 Prozent verneinen dies sogar. Auch sonst sind die Bürger relativ skeptisch, was die Vorteile der Videoüberwachung angeht, wenn man genauer nachfragt. Nicht einmal die Hälfte der Befragten geht davon aus, dass sich seit der Installation der Videoüberwachung die Sicherheit der Bürger verbessert hat. Jeweils zwei Drittel gehen sogar davon aus, dass sich die Kriminalität lediglich verlagert und dass die Polizei trotz der Kameras zu lange zum Tatort braucht. Die Bevölkerung teilt also, was die Verdrängung angeht, die Bedenken der Kritiker.

Daraus resultiert, dass sich eine relativ große Minderheit für alternative Möglichkeiten der Verbrechensminderung, etwa Polizeistreifen oder Ursachenbekämpfung, ausspricht. Trotz dieser skeptischen Sicht sind die Befürchtungen der Leipziger eher gering. Über die Hälfte empfindet die Observierung nicht als einen Eingriff in ihre persönliche Freiheit.

5. Erklärung der Einstellungen

Neben der reinen Deskription haben wir versucht, Erklärungen für die Einstellungen der Befragten zu finden. Dafür kommen mindestens vier Faktoren in Frage.

- a) In verschiedenen Studien konnte gezeigt werden, dass ältere Menschen und Frauen ein größeres Unsicherheitsgefühl haben, was sicherlich wiederum Auswirkungen auf die Einschätzung der Videoüberwachung hat.³ Daher soll der

³ Vgl. z.B. Stadt Leipzig (2000: 91f.). Die größere Unsicherheit steht dabei im Gegensatz zu einer geringeren Viktimisierungsgefahr. Dieser Zusammenhang wird häufig mit dem Konzept der Vulnerabilität bzw. der persönlichen Copingfähigkeit erklärt (vgl. dazu Reuband 1992a: 347f.; Frevel 1999: 61).

Zusammenhang der Einstellungen mit soziodemographischen Variablen analysiert werden. Bei den soziodemographischen Variablen haben wir auf die klassischen Merkmale Alter, Geschlecht und Bildung zurückgegriffen. Wir vermuten, dass sich ältere Menschen, Frauen und weniger hoch Gebildete unsicherer fühlen und damit die Videoüberwachung stärker unterstützen.

- b) Zweitens ist einer der wichtigsten Erklärungsfaktoren vermutlich der schon angesprochene Zusammenhang zwischen den beiden Bereichen Sicherheitsgefühl und Videoüberwachung direkt. So ist es plausibel davon auszugehen, dass Personen, die sich im öffentlichen Raum unsicher fühlen, eher einer Observierung zustimmen. Das Sicherheitsgefühl haben wir über einen Index operationalisiert, der zwei Fragen zu diesem Themenkomplex zusammenfasst.
- c) Wir überprüfen drittens, inwieweit die globale Befürwortung bzw. Ablehnung der Kameras mit den spezifischeren Einschätzungen des Themas zusammenhängt. Dazu haben wir aus verschiedenen Statements insgesamt drei Faktoren gebildet. Der erste umfasst die Antworten zu solchen Fragen wie »Seit der Installation der Videokameras hat sich die Sicherheit der Bürger deutlich verbessert« oder »Ich fühle mich durch die Kameras vor Überfällen und Diebstahl besser geschützt«. Ich bezeichne ihn als »Erfolgsfaktor«. Der zweite Faktor umfasst relativierende Auffassungen, wie etwa »Videoüberwachung ist nicht notwendig, wenn Polizeistreifen für Sicherheit sorgen«. Er wird mit »Alternativen« bezeichnet. Der dritte Faktor schließlich fasst Bedenken der Befragten zusammen: »Videoüberwachung ist ein Eingriff in meine persönliche Freiheit« und »Ich fühle mich durch die Kameras beobachtet und in meinen Handlungen eingeschränkt«. Man kann davon ausgehen, dass die Erfolgseinschätzung einen positiven, die starke Betonung von Bedenken dagegen einen negativen Einfluss auf die Befürwortung der Videoüberwachung haben wird. Der Effekt der Alternativen ist nicht ganz klar, dürfte aber irgendwo zwischen den beiden anderen Faktoren liegen.
- d) Diesen spezifischen Einstellungen liegen allerdings wiederum in gewissem Maße generalisierte Werte zugrunde. Daher wollen wir viertens testen, inwieweit auch bestimmte allgemeinere Werte die Zustimmung zur Videoüberwachung beeinflussen. Die generalisierten Werteinstellungen werden über zwei klassische Indikatoren erhoben. Erstens über die allgemeine politische Einstellung, die auf einer Zehnerskala von 1 = links bis 10 = rechts reichte, und zweitens durch die Frage, ob einem persönliche Freiheit oder öffentliche Sicherheit wichtiger sei. Wir gehen davon aus, dass auch diese generalisierten Werteinstellungen einen Einfluss auf die Einschätzung der Videoüberwachung haben. Bei dem Ranking von Freiheit oder Sicherheit ist dies unmittelbar einsichtig. Wer mehr auf Sicherheit setzt, wird eher pro Kameras sein. Bei der politischen Einschätzung

könnte man vermuten, dass die politische Linke eher einer liberalen Tradition nahe steht, sich also vermutlich gegen Überwachung ausspricht.⁴

Im Folgenden werden alle vier Erklärungsdimensionen in ein gemeinsames Modell (multiple Regression) aufgenommen und in ihrem Einfluss miteinander verglichen. Auffällig ist zunächst einmal, dass der Einfluss aller soziodemographischen Variablen nicht signifikant ist, obwohl sie in bivariaten Rechnungen sehr wohl einen Einfluss haben. Dies deutet darauf hin, dass wir mit unseren Index zum subjektiven Sicherheitsgefühl tatsächlich einen Großteil dieser Dimension erhoben haben, so dass die »stellvertretenden« soziodemographischen Variablen keinen Einfluss mehr haben.⁵ Mit allen signifikanten Variablen haben wir nun ein sogenanntes getrimmtes Modell zur Erklärung von Einstellungen zur Videoüberwachung gerechnet.

	Standardisierte Beta-Koeffizienten
Faktor »Erfolg«	.497**
Faktor »Alternativen«	-.100**
Faktor »Bedenken«	-.230**
Freiheit wichtiger als Sicherheit	-.108**
Politische Einstellung (links)	-.068**
Sicherheitsgefühl	-.059*
R ²	.66

** signifikant auf dem 1%-Niveau, * signifikant auf dem 5%-Niveau

Tabelle 3: Multivariates Erklärungsmodell für die Einstellung zur Videoüberwachung

Dieses hat eine sehr gute Varianzaufklärung von fast 70 Prozent (korrigiertes $R^2=0,66$). Den mit Abstand stärksten Einfluss hat der Faktor zur Erfolgseinschätzung. Wer davon ausgeht, dass die Videoüberwachung tatsächlich die Sicherheit verbessert, unterstützt sie auch. Am zweitwichtigsten ist der Einfluss der Bedenken. Je stärker sich die Befragten durch die Kameras eingeschränkt fühlen, umso stärker sprechen sie sich gegen die Maßnahme aus. Drittens zeigt der negative Einfluss des »Alternativ-Faktors«, dass der Einsatz von Polizeistreifen nicht nur als mögliche

4 Dies legt auch der politisch institutionalisierte Protest nahe, der vor allem von den linken Parteien, Grüne/Bündnis 90 und PDS, getragen wird. Interessant ist dabei, dass die PDS-Führung sich zwar gegen die Videoüberwachung ausspricht, damit aber nicht die Mehrheit ihrer Mitglieder repräsentiert, die eine ähnlich hohe Zustimmung aufweisen (Mittelwert für den Einstellungsindex = 2,9) wie die Durchschnittsbevölkerung (2,6). Dies ist bei den Grünen anders (3,8).

5 Soziodemographische Variablen haben keine soziologische Erklärungskraft aus sich selbst heraus, sondern stehen für eine bestimmte Lebenslage etc., in unserem Fall für eine höhere Unsicherheit innerhalb gewisser Personengruppen (bei Älteren z.B. aufgrund von Gebrechlichkeit u.ä.).

Alternative, sondern sogar als eine bessere Alternative gesehen wird. Einen ähnlich starken Einfluss besitzt noch die Einschätzung, ob Freiheit oder Sicherheit wichtiger ist.

Einen im Vergleich zu den anderen Variablen eher geringen Einfluss hat die politische Rechts-Links-Einschätzung, Trotzdem sehen eher Linksorientierte die Einrichtung von Kameras kritischer. Unter Kontrolle aller anderen Variablen hat das Sicherheitsgefühl den geringsten Einfluss. Dies deckt sich mit Befunden aus anderen Studien.⁶ Selbst der direkte Zusammenhang von Sicherheitsgefühl und Unterstützung der Videoüberwachung oder auch der Erfolgseinschätzung ist zwar vorhanden, aber nicht sehr stark. Es stellt sich daher die Frage, ob der Verweis auf die Verbesserung des eh schon hohen Sicherheitsgefühls der Bürger die Videoüberwachung begründen kann.

6. Videoüberwachung und »Kontrollkultur«

Insgesamt hat unsere Studie eine relativ große generelle Unterstützung für die Videokameras in der Leipziger Bevölkerung gezeigt. Gleichzeitig zeigen sich aber gewisse Vorbehalte, was die Wirksamkeit der Überwachung angeht. Vor allem die häufig von Kritikern geäußerte Verdrängung der Kriminalität wird auch von den Leipziger Bürgerinnen und Bürgern antizipiert. Knapp Zweidrittel der Befragten gehen davon aus, dass sich die Kriminalität lediglich an andere Orte verlagere. Kritiker weisen daher darauf hin, dass die eigentliche Aufgabe der Kameras nicht die Verhinderung von Straftaten, sondern von sogenannten »Incivilities« sei. Dabei wird auf »substrafrechtliche Partikularnormen« (Ronneberger 2000: 131; siehe auch Simon 2001; Wehrheim 2002) zurückgegriffen. Ziel dieser Strategie, in welcher die Videoüberwachung nur eine Maßnahme unter vielen ist,⁷ ist es, vor allem die repräsentativen Innenstädte als Konsumstätten im Rahmen eines globalen Wettbewerbs der »Ökonomie der Symbole« (Zukin 1998) aufzuwerten und marginale Szenen wie Punker, Drogenabhängige, Obdachlose und Ausländer zu verdrängen. Fiske geht sogar so weit zu behaupten: »Surveillance is a perfect technology for non-racist racism« (1998: 79). Sein Argument ist, dass sich Videoüberwachung, will sie Straftaten präventiv verhindern, auf sichtbare Anzeichen eines möglichen Deliktes stützen muss. Die kulturell definierte Norm ist dabei der »White Anglo-Saxon Protestant« bzw. die »gesittete[n] Verhaltensweisen honoriger Bürger« (Ronneberger 2000:

6 Auch Reuband (2001: 8) zeigt, dass die Kriminalitätsfurcht eher einen geringen Einfluss auf die Einstellungen zur Videoüberwachung hat, wenn man andere Variablen kontrolliert.

7 Siehe zu vielen anderen Methoden etwa Davis (1990).

129). Hiervon abweichendes Verhalten wird häufig als mögliches Indiz für eine Bedrohung interpretiert und wird entsprechend überwacht und möglichst unterbunden. In diesem Zusammenhang ist wichtig zu erwähnen, dass sich, wie unsere Daten zeigen, die Befürworter von Videoüberwachung auch deutlich stärker für andere Überwachungsmaßnahmen wie Ausweiskontrollen, Abhören des Telefons und Speichern des genetischen Codes aussprechen. Nun kann diese Verdrängung aus den finanzstarken Innenstädten aus Gründen der Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes natürlich politisch gewollt sein. Ob sich dadurch allerdings langfristig das Sicherheitsgefühl der Bürger verbessern lässt, ist fraglich. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Videoüberwachung anscheinend vor Straftaten schützt, von denen sich nur eine kleine Minderheit überhaupt bedroht fühlt.

Eine der wichtigsten Fragen in diesem Zusammenhang ist die nach den Ursachen der (angeblich) großen Kriminalitätsfurcht im öffentlichen Raum. Es lässt sich zeigen, dass Bedrohungsgefühl und Viktimisierungsgefahr nicht unmittelbar zusammen hängen. So werden ältere Menschen, trotz eines erhöhten Unsicherheitsgefühls, seltener Opfer von Kriminalität. Ähnliches galt für Ostdeutschland zu Beginn der Neunziger. Während die Verbrechensrate deutlich unter der von Westdeutschland lag, war das Bedrohungsgefühl stärker.⁸ Insgesamt kann die Kriminalitätsfurcht trotz sinkender Kriminalitätsraten sogar zunehmen (Reuband 1992a). Ein wichtiger intervenierender Faktor ist sicherlich die Kommunikation über Kriminalität. »Die öffentliche Debatte und hierbei insbesondere die Medienberichterstattung konzentriert sich in vielen Fällen auf die schrill inszenierten Randphänomene. Dies löst bei Bürgerinnen und Bürgern Unsicherheiten und diffuse Bedrohungsängste aus« (Simon 2001: 15). Der momentan geführte (Un-)Sicherheitsdiskurs kann daher zu kontraproduktiven Nebeneffekten führen, wenn es um die Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Menschen geht. Insgesamt lässt sich festhalten, dass das Ziel einer Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls nur sehr begrenzt durch die Einführung von Videoüberwachung zu erreichen ist.

Es stellt sich auf der Folie dieser Ergebnisse die Frage, weshalb trotzdem die Zustimmung zur Videoüberwachung so hoch ist. Reuband hat in seiner vergleichenden Studie zu Düsseldorf und Dresden eine etwas höhere Zustimmung zur Videoüberwachung in der ostdeutschen Kommune festgestellt (2001). Er bietet dafür drei mögliche Erklärungen an: Erstens könnte es sein, dass die Ostdeutschen noch immer eher einen Überwachungsstaat tolerieren, zweitens könnte es an der fehlenden Diskussion über den Datenschutz, die im Westen in den Achtzigern

⁸ Diese Feststellung wird meist damit erklärt, dass die Kriminalitätsrate zwar niedriger als in Westdeutschland lag, aber seit der Wende im Vergleich zur DDR-Zeit trotzdem deutlich zugenommen hat, insofern also die Veränderungsraten wichtiger sind als die absoluten Zahlen. Heutzutage scheint es keine Unterschiede mehr zu geben (Reuband 2001: 8).

intensiv geführt wurde, liegen, und drittens könnte es einen Gewöhnungseffekt in Dresden, wo seit 1999 überwacht wird, gegeben haben. Auf der Grundlage unserer Ergebnisse können wir nun die dritte Möglichkeit ausschließen. In Leipzig zeigt sich, obwohl die Kameras schon wesentlich länger installiert sind als in Dresden, keine erhöhte Zustimmung im Vergleich zu Düsseldorf, sondern eine mindestens ebenso kritische Sicht. Die relativ breiten Proteste vor Ort und die Diskussion der Maßnahme in der örtlichen Tageszeitung scheinen die Bürger auch für die Probleme der Videoüberwachung sensibilisiert zu haben. Reubands zweite Erklärung wäre somit die zutreffende.

Literatur

- Dandeker, Christopher (1994), *Surveillance, Power and Modernity. Bureaucracy and Discipline from 1700 to the Present Day*, Cambridge.
- Davis, Mike (1990), *City of Quartz. Excavating the Future in Los Angeles*, London/New York.
- Dörmann, Uwe/Remmers, Martin (2000), *Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsbewertung. Eine Ende 1998 durchgeführte Repräsentativbefragung der deutschen Bevölkerung als Replikation früherer Erhebungen*, Neu-wied/Kriftel.
- Fiske, John (1998), »Surveilling the City. Whiteness, the Black Man and Democratic Totalitarianism«, *Theory, Culture and Society* 15, S. 67–88.
- Frevel, Bernhard (1999), *Kriminalität. Gefährdung der inneren Sicherheit?* Opladen.
- Gantner, Norbert (2001), »Psychologische Aspekte in der Videoüberwachung«, in: von zur Mühlen, Rainer A./Stürmann, Peter (Hg.), *Videoüberwachung setzt sich durch. Neue Entwicklungen und Trends*, Bonn, S. 77–90.
- Geiger, Andreas (1994), *Verfassungsfragen zur polizeilichen Anwendung der Video- Überwachungstechnologie bei der Straftatbekämpfung*, Berlin.
- Goold, Benjamin J., (2003), »Public Area Surveillance and Police Work: the impact of CCTV on police behaviour and autonomy«, *Surveillance and Society*, Jg. 1, H.2, S. 191–203, (abrufbar unter: <http://www.surveillance-and-society.org>)
- Granholm, Jennifer M. (1987), »Video Surveillance on Public Streets. The Constitutionality of Invisible Citizen Searches«, *University of Detroit Law Review* 64, S. 687–713.
- Häußermann, Hartmut (2000), »Die Krise der »sozialen Stadt«, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B10-11, S. 13–21.
- Hölscher, Michael (2003), »Sicherheitsgefühl und Überwachung«, *Kriminologisches Journal*, Jg. 35, H. 1, S. 42–56.
- Karstedt, Susanne (2000), »Der urbane Raum als Zentrum sozialer Prozesse. Kriminalität in der polarisierten Stadt«, in: Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hg.), *Soziale Ungleichheit, Kriminalität und Kriminalisierung*, Opladen, S. 23–47.
- Kirchberg, Volker (1998), »Stadtkultur in der Urban Political Economy«, in: Göschel, Albrecht/Kirchberg, Volker (Hg.), *Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen zur Kultur*, Opladen, S. 41–54.
- König, Robert (2001), *Videoüberwachung. Fakten, Rechtslage und Ethik*, Wien.

- Kronauer, Martin (1997), »Soziale Ausgrenzung und »Underclass«. Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung«, *Leviathan*, Jg. 25, S. 28–49.
- Lyon, David (2001), *Surveillance Society. Monitoring Everyday Life*, Buckingham u.a.
- Marx, Gary T. (1985), »I'll be watching you. Reflections on the New Surveillance«, *Dissent* 32, S. 26–34.
- Möller, Klaus P./Zezschwitz, Friedrich von (Hg.) (2000), *Videoüberwachung – Wohltat oder Plage?*, Baden-Baden.
- Murck, Manfred (1978), »Die Angst vor Verbrechen und Einstellungen zu Problemen der öffentlichen Sicherheit«, *Kriminologisches Journal*, Jg. 3, S. 202–214.
- Nogala, Detlef (2000), »Gating the Rich – Barcoding the Poor. Konturen einer neoliberalen Sicherheitskonfiguration«, in: Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang (Hg.), *Soziale Ungleichheit, Kriminalität und Kriminalisierung*, Opladen, S. 49–83.
- Nogala, Detlef (2002), »Ordnung durch Beobachtung. Videoüberwachung als urbane Einrichtung«, in: Gestring, Norbert u.a. (Hg.), *Jahrbuch StadtRegion 2002*, Opladen, S. 33–55.
- Norris, Clive/Armstrong, Garry (1999), *The Maximum Surveillance Society. The Rise of CCTV*, Oxford.
- Präventionsrat der Stadt Lingen (Ems) unter wissenschaftlicher Begleitung von Manfred Tücke (2000), *Kriminalität, Kriminalitätsfurcht und Möglichkeiten der Prävention in einer Mittelstadt. Regionale kriminologische Analyse der Stadt Lingen (Ems)*, Lengerich u.a.
- Reuband, Karl-Heinz (1992a), »Objektive und subjektive Bedrohung durch Kriminalität. Ein Vergleich der Kriminalitätsfurcht in der Bundesrepublik Deutschland und den USA 1965–1990«, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 44, S. 341–353.
- Reuband, Karl-Heinz (1992b), »Über das Streben nach Sicherheit und die Anfälligkeit der Bundesbürger für »Law and Order«-Kampagnen. Umfragebefunde im Trendvergleich«, *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 21, S. 139–147.
- Reuband, Karl-Heinz (1998), »Quoten- und Randomstichproben in der Praxis der Sozialforschung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung und den Antwortmustern der Befragten«, *ZA-Information* 43, S. 48–80.
- Reuband, Karl-Heinz (2001), »Videoüberwachung: Was die Bürger von der Überwachung halten«, *Neue Kriminalpolitik* H. 2, S. 5–9.
- Ronneberger, Klaus (2000), »Die neofeudale Erlebnisstadt«, in: Häupl, Michael/Franer, Kilian (Hg.), *Das Neue und die Stadt. Urbane Identitäten*, Wien, S. 117–137.
- Simon, Titus (2001), *Wem gehört der öffentliche Raum? Zum Umgang mit Armen und Randgruppen in Deutschlands Städten*, Opladen.
- Stadt Leipzig (2000), *Umfrage »Sicherheit in Leipzig« 1999. Ergebnisübersicht*, Leipzig.
- Stierand, Philipp (2000), *Videoüberwachte Stadt? Sichere öffentliche Räume als Aufgabe der Stadtplanung*. Diplomarbeit an der Universität Dortmund, digitale Version.
- Sturm, Daniel (2000), »Big Brother is watching L.E.«, *Kreuzer Leipzig* H. 3, S. 18–21.
- Wehrheim, Jan (2002), *Die überwachte Stadt. Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung*, Opladen.
- Wehrheim, Jan (2000), »CCTV. Ein fast ignoriertes Überwachungsdrama breitet sich aus«, *Forum Wissenschaft*, H. 2, S. 34–40.
- Wirth, Louis (1974), »Urbanität als Lebensform«, in: Herlyn, Ulfert (Hg.), *Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghettobildung und Stadtplanung*, München, S. 42–66.
- Whitaker, Reginald (1999), *Das Ende der Privatheit. Überwachung, Macht und soziale Kontrolle im Informationszeitalter*, München.
- Zukin, Sharon (1998), »Städte und die Ökonomie der Symbole«, in: Göschel, Albrecht/Kirchberg, Volker (Hg.), *Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen zur Kultur*, Opladen, S. 27–40.